



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 04.02.2013

Ort: Strandhotel - MARITIM, Travemünde
Beginn: 16:10 Uhr
Ende: 17:25 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Howe, Carl-Wilhelm - Bü90

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Geweke, Birgit - Bü90

Vertretung für: Herrn Schubert, Hans-Jürgen

Eymer, Burkhard - CDU

Freitag, Dirk - CDU

Hiller, Reinhold - SPD

Lötsch, Christopher - CDU

Pluschkell, Ulrich - SPD

Quirder, Harald - SPD

Rathcke, Thomas - FDP

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Brock, Ulrich - CDU

Förster, Ilsabe - SPD

Hovestädt, Wolfgang - SPD

Vertretung für: Frau Mewes, Anne

Michaelis, Jens - LINKE

Siebdrat, Ulrike - SPD

Vertretung für: Herrn Klüssendorf, Tim

Stüttgen, Tim - LINKE

Beratendes Mitglied

Rosenbohm, Dieter - BfL

Verwaltung

Boden, Franz-Peter - FB 5 - Planen und Bauen
Bunk, Dennis - - GMHL
Klotz, Stefan - - Stadtgrün und Verkehr
Langentepe, Marc - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sonstige Personen

Maertens, - - Seniorenbeirat
Zander, - - Seniorenbeirat

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Schubert, Hans-Jürgen - Bü90 abwesend

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Klüssendorf, Tim - SPD abwesend
Mewes, Anne - SPD abwesend

Beratendes Mitglied

Heitmann, Marion - Freie Wähler abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlußfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 14.01.2013
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
 - 2.1. Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein, hier: Voßwinkel
3. sonstige Beschlussvorlagen
 - 3.1. Gemeinsame Stellungnahme der Lenkungsgruppe Entwicklungsachse A1 zur Aufnahme regionaler Verkehrsinfrastrukturprojekte in den BVWP 2015
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.2.1. Ermäßigung SchülerInnenmonatskarte
 - 4.2.2. Liniennetzoptimierung (weitere Anpassungen u. Nachbesserungen des Fahrplanes)
 - 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
 - 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen
 - 5.3. Anträge
13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

Herr Howe merkt an, dass zukünftig auf die Nummerierung der Ausschusssitzungen (Bsp.: 79. Sitzung des Bauausschusses) verzichtet werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 1.1 Feststellung der Beschlußfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

TOP 1.2 Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Aufnahme folgender TOP:

1.3 Niederschriften, öffentlich vom 14.01.2013

6.1 Niederschriften, nicht öffentlich vom 14.01.2013

10.1 Vergabe von Ing.leistungen über 25.000,- (VO/ 2013/ 00220)

Der Vorsitzende schlägt vor über den Ausschluss der Öffentlichkeit „en bloc“ abzustimmen.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie von der Verwaltung vorgeschlagen einstimmig „en bloc“.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 14.01.2013

Herr Löttsch merkt an, dass er der Sitzung eigtl. entnommen habe, dass die Verwaltung den Vorschlag unterbreite habe, die Brücke ersatzlos abzureißen, dies gehe jedoch aus der Niederschrift nicht so hervor.

Weiterhin sei in der Sitzung außerdem angekündigt worden, dass eine Vorlage zu dem

Thema Reeckebrücke in die (über-)nächste Sitzung des Bauausschusses gehe und nicht gem. Niederschrift lediglich in den Senat.

Herr Dr. Klotz verweist auf die Richtigkeit der Protokollierung und teilt mit, dass die Vorlage nach Abstimmung im Senat in den Bauausschuss gehen werde. Weiterhin sei seitens der Verwaltung kein Vorschlag zum ersatzlosen Abriss der Brücke gemacht worden.

Herr Lötsch weist außerdem daraufhin, dass es auf S. 17 der Niederschrift statt „CD-Fraktion“ CDU-Fraktion heißen müsse.

Herr Rathcke merkt zu S. 9 der Niederschrift an, dort stünde, dass Schulwege nicht betroffen wären. Inzwischen weiß man allerdings, dass dort doch Schulwege betroffen sind.

Herr Rosenbohm verweist auf die 2. Seite des Anhangs zur Stadtmöblierung/ Außenwerbung und fragt nach, um was es sich bei den „Ganzstellen“ handle.

Herr Senator Boden sagt zu dies nachzureichen. *(Es handelt sich hierbei um Säulen / hinterleuchtete Säulen, die nicht kleinteilig sondern als ganzes (Großformate beworben werden). Die Ganzsäulen werden je nach Marktlage sowohl drei 6/1- als auch drei 8/1-Plakate beklebt. Bestes Beispiel ist hierfür die hinterleuchtete Säule Fackenburg Allee/Ecke Ziegelstraße)*

Herr Rosenbohm weist außerdem daraufhin, dass in der vorab genannten Anlage farbige Markierungen gemacht wurden, welche in den Schwarz-Weiß-Kopien nicht bzw. sehr schwer zu erkennen sind.

Herr Jaacks merkt dazu an, dass der Anhang farbig in Allris eingestellt ist.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift einstimmig.

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

TOP 2.1 Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein, hier: Voßwinkel

Beschlussvorschlag:

Die Widmung der nachfolgend genannten Verkehrsfläche in der Hansestadt Lübeck gemäß anl. Plan wird beschlossen:

*** Voßwinkel**

Gemarkung Genin, Flur 3, Flurstücke 98 und 152 tlw.

Die erstmalige Einstufung erfolgt gemäß §3 Abs. (1), Ziffer 3a StrWG als Gemeindestraße – Ortsstraße.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu beschließen.

TOP 3 sonstige Beschlussvorlagen

TOP 3.1 Gemeinsame Stellungnahme der Lenkungsgruppe Entwicklungsachse A1 zur Aufnahme regionaler Verkehrsinfrastrukturprojekte in den BVWP 2015

Frau Geweke fragt nach, was die Erweiterung der S 4 mit der FBQ und der Verkehrsentwicklung zu tun habe, insbesondere da die S 4 nur bis Ahrensburg gehe.
Herr Senator Boden sagt zu, dem Protokoll eine entsprechende Antwort beizufügen.
(Aufgrund derzeitiger Personalengpässe innerhalb des Bereiches „Stadtplanung“ erfolgt die Beantwortung der vorab genannten Nachfrage seitens Frau Geweke voraussichtlich zur Bauausschusssitzung am 04.03.2013)

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen gem. Beschlussvorschlag zu beschließen.

TOP 4 Mitteilungen und Berichte

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

TOP 4.2 sonstige Mitteilungen und Berichte

TOP 4.2.1 Ermäßigung SchülerInnenmonatskarte

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.2 Liniennetzoptimierung (weitere Anpassungen u. Nachbesserungen des Fahrplanes)

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

Herr Dr. Klotz berichtet über die Bürgerveranstaltung von Mittwoch, den 30.01.2013, in Roggenhorst zur Baumaßnahme K 13.

Es seien insgesamt ca. 220 Teilnehmer erschienen und man habe die bereits im Vorfeld umverteilte Broschüre erläutert.

Weiterhin werde die Bauverwaltung bis zur erneuten Behandlung im Bauausschuss am 18.02.2013 noch einiges prüfen (z. B. frühzeitige Fertigstellung oder Teilbetriebnahme der K 13; Darstellung der im Vorfeld erfolgten Abwägung) und man werde auch Kontakt zu der entsprechenden Baufirma aufnehmen um die jeweils zu Grunde gelegte Zeitschiene abzugleichen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Verkehrssicherheit in der Ladenzeile Hansering weiter erhöhen (TOP 6.2.1, 19.12.2012) (Herr Pluschkell)

Die Ladenzeile Hansering wurde im Rahmen des Projekts "Soziale Stadt" grundlegend umgestaltet, u. a. mit dem Ziel einer Verkehrsberuhigung und größeren Verkehrssicherheit.

Hierzu hatte es bereits im Vorfeld Unterschriftensammlungen durch den SPD-Ortsverein Holstentor Süd gegeben mit dem Ziel der Einführung von "Tempo 30", dem Wegfall von Vorfahrtberechtigungen und der baulichen Veränderung (Einengung) der Fahrbahn. Trotz der zwischenzeitlich getroffenen Maßnahmen fühlen sich aber noch immer viele - zumeist ältere - Besucher und Besucherinnen beim Queren der Fahrbahn in der Ladenzeile Hansering unsicher. Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen. Diese Lage hat sich mit Eröffnung von zwei großen Einzelhandelsgeschäften in der Ladenzeile erheblich verschärft. Dieses vorausgeschickt, fragt Herr Pluschkell wie folgt:

Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Hansestadt Lübeck zur Erhöhung der

Verkehrssicherheit in der Ladenzeile Hansering durchzuführen?
Bis wann sollen diese Maßnahmen umgesetzt werden?"

Antwort:

Dieses Thema ist aufgrund eines Antrags ähnlichen Inhalts vom 24.08.2012 im AkV am 25.09.2012 erörtert worden. Es ist hierzu festgestellt worden, dass durch die Lage innerhalb einer Tempo-30-Zone die Anordnung eines Fußgängerüberweges nur in begrenzten Ausnahmefällen in Frage kommt. Zusätzlich sind Rahmenbedingungen unter Anderem hinsichtlich des Verkehrsaufkommens zu erfüllen: mindestens 100 Fußgängerquerungen in der Spitzenstunde des Fußgängeraufkommens bei gleichzeitig mindestens 450 durchfahrenden Kfz. Diese Werte werden nach den hier vorliegenden

Erhebungen an der Kreuzung Stettiner/Dornestraße/Hansering bei Weitem nicht erreicht. So sind im Hansering im Querschnitt ca. 2300 Kfz in 10 Stunden festgestellt worden. Die Fußgängerquerungen erfolgen linienhaft zwischen der Stettiner und Königsberger Straße zwischen den Geschäften der Ladenzeilen. Eine Bündelung auf die Querung an der Stettiner Straße wird nicht möglich sein. Auch wenn hier die erforderlichen Mindestquerungen festgestellt werden könnten, sprechen das Kfz-Aufkommen wie auch die Lage in einer Tempo-30-Zone dagegen. Der AkV kann die Notwendigkeit eines Fußgängerüberweges in der Tempo-30-Zone nicht erkennen, zumal die erforderlichen Verkehrswerte nicht erreicht werden dürften.

Ergänzende Anfrage:

Herr Pluschkell bemängelt die zu seiner Anfrage getroffene Antwort. Es werde lediglich erwähnt was nicht gehe, aber es werde kein Gegenvorschlag präsentiert, um eine Erhöhung der Verkehrssicherheit zu erreichen. Herr Pluschkell bittet daher um Prüfung, folgender Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit:

1. Ausweisung der Straße Hansering zwischen Einmündung Stettiner Straße/ Dornestraße und Einmündung Königsberger Straße als "Verkehrsberuhigte Zone" (Fahrzeuge und Fußgänger sind gleichberechtigt) ohne großen baulichen Aufwand;
2. Durchführung eines Modellversuchs "Shared Space" (ähnlich wie "Verkehrsberuhigte Zone") im vorgenannten Bereich;
3. Anordnung von Tempo 10 anstelle 30 km/h im Verlauf der Ladenzeile.

Weiterhin bittet er um mögliche weitere Vorschläge seitens der Verwaltung.

Antwort:

Der Arbeitskreis für Verkehrsfragen hat sich in seiner Sitzung am 11. Dezember 2012 mit der ergänzenden Anfrage befasst. Es ist festgestellt worden, dass wegen der baulichen Gegebenheiten sowohl eine Ausweisung als „Verkehrsberuhigter Bereich“ als auch die Durchführung eines Modellversuches nach dem Prinzip „Shared Space“ ohne größere Umbaumaßnahmen nicht möglich ist. Die baulich angelegten Parkplätze und Gehwege sprechen dagegen. Zudem ist der Abschnitt des Hanserings jüngst vor dem Hintergrund seiner Lage in einer Tempo-30-Zone aufwändig umgebaut worden.

Für die Ausweisung als „verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“ mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 10 km/h muss nach § 45 StVO Abs. 1d eine vorwiegende Aufenthaltsfunktion vorhanden sein. Diese wurde seitens der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei nicht erkannt, so dass eine entsprechende Anordnung nicht vorgenommen werden kann.

Da weder Unfälle oder etwaige Gefährdungssituationen festgestellt worden sind, besteht nach Auffassung des Arbeitskreises derzeit auch keine Notwendigkeit, weitere als die bislang getroffenen Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Pluschkell äußert seine Unzufriedenheit über die Antwort und die Vorschläge der Verwaltung zu seiner Anfrage und verweist auf eine Klärung in der nächsten Sitzung.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.2 Ausbau Moislinger Allee (Herr Rosenbohm)

Herr Rosenbohm bittet um Mitteilung über den aktuellen Planungsstand des o. g. Vorhabens sowie eine Information über den für die Planung erforderlichen Grunderwerb.

Antwort:

Herr Dr. Klotz teilt dazu mit, dass derzeit noch drei nicht abgeschlossene Grunderwerbsverhandlungen liefen, die am 30./31. Januar mit der Enteignungsbehörde geklärt würden. Danach wäre dann der Grunderwerb als Thema abgeschlossen.

Ergänzende Anfrage:

Herr Rosenbohm merkt an, es sei ursprünglich einmal ein 4-spuriger Ausbau vorgesehen gewesen, während dies nun auf einen 3-spurigen Ausbau reduziert wurde und fragt in diesem Zusammenhang nach, ob die Enteignungsverfahren sich auf den 4- oder 3-spurigen Ausbau bezögen.

Antwort:

Herr Dr. Klotz merkt an, dass diese Planung bereits im Jahre 2005 diskutiert worden wäre und dass seines Wissens nach immer von einem 3-spurigen Ausbau ausgegangen wurde.

Ergänzende Anfrage:

Herr Pluschkell teilt dazu mit, dass ihn die Aussage seitens Herrn Dr. Klotz irritiere, da im Haushalt Planungsmittel für einen 4-spurigen Ausbau eingestellt seien.

Vorläufige Antwort:

Herr Dr. Klotz sagt eine entsprechende Klärung zu.

Antwort:

Nach einer internen Klärung des zugrundeliegenden Sachverhaltes ist dem Bauausschuss mitzuteilen, dass, wie von Herrn Rosenbohm und Herrn Pluschkell nachgefragt wurde, ein 4-spuriger Ausbau der Moislinger Allee, unter Voraussetzung des Erwerbs privater Vorgartenflächen, geplant ist.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Gewerbe-/ Wohnbaulandkonzept (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell fragt, vor dem Hintergrund, dass die Fertigstellung des Wohnbaulandkonzeptes noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, nach, ob es in den bisherigen Ausarbeitungen vllt. schon eine verbindliche Aussage bzgl. des Wohnbaulands Teutedorfer Siedlung gebe.

Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass selbstverständlich alle potentiellen Bauflächen o. ä. und somit auch die Teutedorfer Siedlung, in die Wohnlandanalyse eingeflossen sind.

Ergänzende Anfrage:

Herr Pluschkell merkt an, dass dies ja bereits bekannt ist. Vielmehr möchte er wissen, ob die Teutedorfer Siedlung als Baufläche benötigt wird, da dies, Bezug nehmend auf die Beschlusslage der Bürgerschaft, die Voraussetzung für eine Legitimation der Bebauung sei.

Antwort:

Herr Senator Boden merkt dazu an, dass er nicht dazu bereit sei, in öffentlicher Sitzung aus dem Entwurf des Wohnungsmarktkonzeptes zu berichten.

Ergänzende Anfrage:

Herr Quirder fragt nach, ob ein Teil der Wohnungsmarktanalyse, insbesondere die Entwicklung des Stadtteils Travemünde betreffend, dem Bauausschuss vorzeitig vorgestellt werden könne, damit eine zügige Entwicklung der Teutedorfer Siedlung gewährleistet werden kann.

Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, man gehe davon aus, dass die Wohnungsmarktanalyse noch in diesem Frühjahr (März/April) fertig werde. Wie mit dem Bürgermeister (BGM) abgesprochen, werde man diese dann, nach erfolgter Freigabe durch den BGM, öffentlich bekannt machen und den Ausschussmitgliedern rechtzeitig verteilen, sodass diese sich in Ruhe mit dem Wohnungsmarktkonzept auseinandersetzen können. Ähnlich verhalte es sich auch mit dem Gewerbeentwicklungskonzept und der Fortschreibung des Grünordnungsplanes. Bis September dauere lediglich die gewünschte Verknüpfung der Konzepte. D. h. man könne den Ausschussmitgliedern die Konzepte je nach Zeitpunkt der Fertigstellung, gerne vorab zur besseren Vorbereitung zukommen lassen.

Weiterhin würden die Konzepte, nach endgültiger Fertigstellung, erneut in den Bauausschuss gebracht werden und die Verwaltung würde den Ausschussmitglieder dann einen entsprechenden Vorschlag zum weiteren Vorgehen präsentieren.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Fertigstellung der Werbesatzung (Herr Rathcke)

Herr Rathcke merkt an, dass seitens der Verwaltung die Aussage getroffen worden sei, dass die Werbesatzung den Ausschussmitgliedern bis spätestens Frühjahr 2013 vorgelegt werde und fragt in diesem Zusammenhang nach, wann damit zu rechnen sei.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass die Werbesatzung in Arbeit sei und dass man seitens der Verwaltung noch einen Auftrag zur graphischen Aufbereitung des Textes erteilt habe. Ein genaues Datum für die endgültige Fertigstellung der Werbesatzung werde er nachreichen.

5.2.3 Baugebiet Blankensee (Herr Lötsch)

Herr Lötsch fragt nach, ob es einen neuen Sachstand zum Baugebiet Blankensee gebe.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden teilt mit, dass seines Wissens die Unterlagen bereits vorliegen

würden, die zuständige Sachbearbeiterin jedoch aufgrund einer Fußverletzung die letzten vier Wochen ausgefallen ist.

Ergänzende Anfrage:

Herr Lötsch bittet um Mitteilung zur nächsten Sitzung. Weiterhin bittet er um Mitteilung darüber, wie man sich seitens der Verwaltung die zeitliche Abfolge für die Zukunft vorstelle.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, er habe den Auftrag bereits heute weitergegeben und sagt einer entsprechenden Sachstandsmitteilung zu.

5.2.4 Pflanzenschutzzentrum (Herr Lötsch)

Herr Lötsch merkt an, die Bürgerschaft habe dazu bereits im November einen entsprechenden Beschluss gefasst und fragt nach, ob die Verwaltung seitdem tätig geworden ist.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, das Pflanzenschutzamt sei als potentielle Fläche im Sinne einer Konsolidierung gesehen worden und man müsse sich zunächst die Frage stellen, inwiefern die Einnahmen als Konsolidierung bzw. als Einsparung angesehen werden. Dieses Thema sei noch nicht abgeschlossen und insofern habe man seitens der Verwaltung auch noch nichts an dem Plan gemacht, insbesondere weil das Arbeitsprogramm aufgrund anderer fertig zu stellender Pläne zu sei. Er sagt einen Abschluss der Planung frühestens für das Jahr 2014 zu.

Ergänzende Anfrage:

Herr Lötsch fragt nach, ob bereits Kontakt mit den Eigentümern aufgenommen wurde.

Antwort:

Herr Senator Boden negiert dies.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 KiTa in Schlutup (Herr Lötsch)

Herr Lötsch merkt an, er habe die Verwaltung vor einiger Zeit darum gebeten, etwas zur KiTa in Schlutup zu berichten. Ihm sei damals zugesagt worden, dass berichtet werde, sobald sich etwas „akutes“ ergebe. Nun habe er der Zeitung entnommen, dass man dort bald anfangen könne zu bauen, weswegen er um Beantwortung seiner Anfrage bittet.

Vorläufige Antwort:

Herr Bunk teilt dazu mit, die KiTa in Schlutup sei kein Projekt, welches vom FB 5 (GMHL), sondern vom FB 4, betreut werde. Er erkläre sich jedoch gerne dazu bereit den aktuellen Sachstand in Erfahrung zu bringen und dem Ausschuss mitzuteilen.

5.2.6 Sporthalle in Schlutup (Herr Lötsch)

Herr Lötsch teilt mit, ihm sei berichtet worden, dass das Dach im vorderen Bereich noch immer undicht sei und bittet um eine entsprechende Mitteilung. Weiterhin bittet er um Mitteilung, ob eine Sperrung des anliegenden Fußweges noch immer notwendig sei.

Vorläufige Antwort:

Herr Bunk teilt mit, die angesprochene Leckage im vorderen Bereich des Daches, an dem im Übrigen noch gearbeitet werde, sei bereits behoben worden. Hinsichtlich der Sperrung des Fußweges verweist Herr Bunk auf die damalige Erklärung, dass dies im Rahmen der Baustellenerrichtung nicht anders möglich war. Zwar vermute er, dass sich der Sachverhalt nach wie vor so darstelle, jedoch werde er prüfen, ob eine Sperrung des Fußweges weiterhin nötig ist.

5.2.7 Beteiligung der Initiative Broilingplatz (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell merkt an, sowohl die Verwaltung als auch die Fraktionen seien in der Bürgerschaft im Dezember von der Initiative Broilingplatz angeschrieben worden, u. a. mit dem Anliegen, dass die Initiative ihre bis dato erarbeiteten Planungen und Vorschläge gerne in die weiteren Planungen einbringen würde. Herr Pluschkell fragt in diesem Zusammenhang nach, wie die Verwaltung mit diesem Angebot der BürgerInnen umgehe.

Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass er, aufgrund der Anfrage zum Haushalt, selber Kontakt zu den BürgerInnen aufgenommen hatte und Ihnen mitgeteilt habe, dass in diesem Jahr die Planung durchgeführt werde und sie im Rahmen dieses Planungsprozesses beteiligt würden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.8 Zustand der Bahnhofs- und Possehlbrücke (Herr Rathcke)

Herr Rathcke merkt in Anlehnung an die Reeckebrücke an, dass die Bahnhofs- und Possehlbrücke auch in einem schlechten Zustand seien und fragt dahingehend nach, wie die Verwaltung vorgehen wolle, wenn diese Brücken irgendwann den gleichen Status wie die Reeckebrücke erreichen.

Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass die Bahnhofsbrücke betreffend, bereits die Vorbereitungen der Planung bzw. der Neuplanung laufen, jedoch noch die dringend erforderlichen Aus-/ Zusagen der DB ausstünden. Es stünden derzeit noch offene Fragen bezüglich des Anprallschutzes und der Unterhängung der Oberleitung bzw. der Anzahl der erlaubten Stützenreihen (1 oder 2 Stützenreihen) im Raum. Man wäre vermutlich schon weiter, wenn diese abschließenden Aussagen vorliegen würden.

Herr Dr. Klotz teilt zur Possehlbrücke mit, dazu im Nov./Dez. eine entsprechende Vergabevorlage in den Bauausschuss gehe und man im kommenden Frühjahr 2014 mit der Baumaßnahme beginnen wolle. Herr Dr. Klotz führt bzgl. der Versagensgefahr aus, dass die Bahnhofsbrücke ein vollkommen anderes, stabileres Konstruktionsprinzip aufweise, als die Possehl- und Reeckebrücke, welche aufgrund ihrer Spannbetonkonstruktion deutlich gefährdeter wären.

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke teilt Herr Dr. Klotz mit, dass es bei der Erneuerung der Possehlbrücke zu keiner Vollsperrung des Straßenabschnittes komme, da man diese fahrbahnweise erneuern werde. Dass heißt, dass stets eine Fahrbahnseite der Brücke befahrbar sein wird. Hinsichtlich der jeweils gesperrten Fahrbahnseite verweist Herr Dr. Klotz auf die Umleitungen während der grundhaften Sanierung der Possehlstraße im südlichen Abschnitt vor dem Polizeipräsidium bzw. dem Finanzamt im Sommer 2011.

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke zur terminlichen Deadline bei der Bahnhofsbrücke, teilt Herr Dr. Klotz mit, Ziel der Verwaltung sei es in 2015 ff zu bauen, jedoch brauche man noch ein Planfeststellungsverfahren, wobei es, wie Herr Senator Boden bereits ausgeführt hat, jedoch Abstimmungsschwierigkeiten mit der DB gebe. Üblich sei, die Träger öffentlicher Belange vor dem offiziellen Verfahren einzubinden und dann ein

schlankes, schnelles und ein vornehmlich auf die Betroffenen der Bürgerinnen und Bürger eingehendes Verfahren durchlaufen zu können. Da die DB AG aber bislang kaum ihre Anforderungen formuliert hat, werde man notfalls das Planfeststellungsverfahren ohne vorherige Beteiligung der Bahn beginnen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.9 Gebiet Wallstraße, Teilstück zwischen Salzspeicher und Wendekopf Höhe Dankwartsbrücke; Anfrage von Herrn Stetefeld, TOP 6.2.1, 06.06.2011 (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell merkt an, die Verwaltung habe damals mitgeteilt, dass das Erbbaurecht für das Grundstück Garagenhof (Wallstraße 5) Mitte des Jahres auslaufe. Im Anschluss daran sollte nach Aussage der Verwaltung der Uferwanderweg verlängert werden. Der Wanderweg sei bisher jedoch noch nicht verlängert worden, weswegen er nach fragt wie die dahingehende Planung aussehe.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass es bislang noch keine Entscheidung gegeben habe, wie mit der Fläche Garagenhof weiter verfahren werden solle, weswegen auch der Uferwanderweg noch nicht bis zum Salzspeicher verlängert worden wäre. Weiterhin stelle sich der Sachverhalt so dar, dass die Salzspeicher vor der Verlängerung des Uferweges saniert werden sollen.

Ergänzende Anfrage:

Herr Pluschkell führt dazu aus, es gehe ihm weniger um das Grundstück Garagenhof, als vielmehr um eine Verlängerung der bisherigen Sackgassenlösung. Es müsse zumindest der Weg, beginnend bei der Dankwartsgrube, bis zur Musikhochschulbrücke weitergebaut werde.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass er dahingehend noch mal nachfragen müsse, da dies mit dem Verkauf der Grundstücke und der Herstellung der Außenanlagen durch den Bauverein zu tun habe. Er werde dem Bauausschuss zur nächsten Sitzung über die zeitliche Taktung informieren (*Eine Antwort auf die vorab aufgeführte Anfrage erfolgt voraussichtlich zur Bauausschusssitzung am 04.03.2013*).

5.2.10 Umsiedlung des Standesamtes in Zeughaus (Frau Geweke)

Frau Geweke teilt mit, Sie habe gehört es gebe ein Gutachten zu o. g. Thematik und fragt nach, wann dieses veröffentlicht bzw. dem Bauausschuss vorgelegt werde.

Antwort:

Herr Senator Boden teilt mit es gebe dazu weder einen Beschluss noch ein Gutachten. Das GMHL habe seitens des BGM lediglich den Auftrag bekommen zu prüfen, ob bestimmte Verwaltungseinheiten zu anderen Standorten umgesiedelt werden könnten. Diese Prüfung sei erfolgt, jedoch nicht mehr.

Ergänzende Anfrage:

Frau Geweke merkt an, i. E. habe es eine Stellungnahme gegeben, in welcher die Sinnhaftigkeit einer solchen Umsiedlung behandelt wurde und bittet um entsprechende Mitteilung.

Antwort:

Herr Senator Boden verweist grundsätzlich auf das Geschäft der laufenden Verwaltung.

Den Bauausschuss betreffende Fragestellungen zu dieser Thematik wären s. E.

folgende:

1. Ist dem Standesamt der Umzug in ein anderes Gebäude würdig?
2. Was ist mit den Zu- und Vorfahrten?
3. Was ist mit den Parkplätzen?

Nach Bestätigung der Fragestellungen durch Frau Geweke merkt Herr Senator Boden an, dass man vor der Beantwortung solcher Fragen zunächst einmal die Entscheidung treffen müsse, dass überhaupt jemand umzieht. Und diese sei bislang noch nicht getroffen worden.

Ergänzende Anfrage:

Herr Lötsch bittet darum, dass das Ganze dem Bauausschuss vorgestellt werde, bevor eine Entscheidung seitens der Verwaltung getroffen wird.

Antwort:

Herr Senator Boden sagt zu, den Bauausschuss nach erfolgter Prüfung des Sachverhalts zu informieren.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.11 Abbau der Beleuchtung am Kalvarienberg

Herr Michaelis merkt an, er habe der Begründung entnommen, dass die Verwaltung nicht verpflichtet ist auf Parkflächen Beleuchtungsanlagen einzurichten, jedoch bitte er darum zu prüfen, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, zumindest vereinzelt Beleuchtungsanlagen entlang des Parkweges einzurichten.

Antwort:

Herr Senator Boden verweist dazu auf den Kurausschuss. Weiterhin teilt er mit, dass dem FB 5 für eine solche Maßnahme die nötigen Mittel fehlen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.3 Anträge

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 14. März 2013

Carl Howe
Vorsitz

Protokollführung